

Gesundheitspolitik nur im Rahmen nationaler Gesetze

Wir fordern, dem Subsidiaritätsprinzip in der Gesundheitspolitik den Vorrang vor Einflussnahmen der europäischen Wirtschaftspolitik einzuräumen. Es muss eine gesetzgeberische Klarstellung erfolgen, dass die Gesundheitspolitik ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich der nationalen Gesetzgebung fällt. Hierzu gehört die Bewahrung der Rechtsstellung der freien Berufe.

- Keine Krankenhausprivatisierung durch Gesundheitskonzerne!
- Keine europaweite Organspende-Pflicht.
- Versandhandel mit rezeptpflichtigen Medikamenten verbieten zur Sicherstellung einer flächendeckenden Arzneimittelversorgung.
- Berufsbild des Heilpraktikers bewahren.
- Verbindliche Untersuchungen von anerkannten Migranten müssen alle meldepflichtigen Erkrankungen umfassen.
- Alle Untersuchungsergebnisse sowie den Gesundheitsstatus von Migranten auf biometrischem Gesundheitspass dokumentieren.

Familienpolitik ohne Einmischung der EU

Viele Regierungen versuchen, den Bevölkerungsschwund durch Zuwanderung auszugleichen, obwohl dies zu Problemen beim soziokulturellen Zusammenhalt führt. Zuwanderung löst keines der in der demografischen Entwicklung wurzelnden Probleme Europas. Wir befürworten eine geburtenfördernde Familienpolitik, wie von Frankreich, Polen und Ungarn umgesetzt.

- Keine Entscheidungsbefugnis der EU über ethisch-moralische Fragen. Die Gesetzgebungskompetenz zu familienpolitischen Themen, Lebens-, Selbstbestimmungs-, Eheschließungs- und Scheidungsrecht verbleibt bei den Nationalstaaten.
- Streichung aller Forschungsmittel für die Genderforschung auf europäischer Ebene.
- Abtreibung ist kein Menschenrecht wie das Lebensrecht und die körperliche Unversehrtheit! Wir lehnen jede EU-Förderung ab, durch die Abtreibungen forciert werden.
- Wir wenden uns gegen Versuche der EU, indirekt legale Möglichkeiten für Leihmutter in Staaten zu schaffen, wo diese bisher nicht erlaubt ist. Adoptionen, auch durch gleichgeschlechtliche Paare, sind auf nationaler Ebene zu regeln.

Nationale Bildungsstandards und kulturelle Traditionen erhalten

Der Versuch, Studiengänge im Rahmen des Bologna-Prozesses EU-weit anzugleichen, ist gescheitert und hat zu einer Verschulung des Studiums, einer Absenkung des Niveaus, mehr Bürokratie und Verlust an akademischer Freiheit für Studenten und Dozenten geführt. Auch die Kulturpolitik der EU verfolgt das Ziel, die nationalen und regionalen Traditionen einer künstlich geschaffenen, europäischen Einheitskultur unterzuordnen.

Die AfD setzt sich dafür ein, unsere nationalen Bildungsstandards und Traditionen zu erhalten.

- Autonomie der Hochschulen stärken, Freiheit von Forschung und Lehre wiederherstellen.
- Diplom- und Magisterstudiengänge wiedereinführen und das hohe wissenschaftliche Niveau deutscher Universitäten zurückgewinnen.
- Die duale Ausbildung, Meisterprüfung und das duale Studium weiter stärken.
- Erhalt der Förder- und Sonderschulen.
- Wenn überhaupt Inklusion, dann mit Augenmaß.
- EU-Konzepte zur Förderung der Digitalisierung dürfen nicht in die Bildungssouveränität der Mitgliedsstaaten eingreifen – auch nicht über finanzielle Förderungen.
- Keine ideologisch motivierte Umgestaltung der deutschen Sprache, kein Gender-Budgeting der EU als Mittel zur Durchsetzung der Gender-Ideologie.
- Die millionenschweren, kulturellen Rahmenprogramme der EU beenden, die auf die „Vereinigten Staaten von Europa“ hinarbeiten und die nationalen Leitkulturen bekämpfen.
- Die deutsche Sprache den Verfahrenssprachen Englisch und Französisch in den europäischen Institutionen gleichstellen.

Energie, Umwelt, Technik und Infrastruktur in eigener nationaler Verantwortung

Die von der EU und der Bundesregierung angestrebte Dekarbonisierung (CO₂-Diskussion), als „Große Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft“ propagiert, wird die Wirtschaftskraft Deutschlands schwächen und entwickelt sich zu einer illegitimen gesellschaftlichen Wende hin zu einem ökologischen Planungs- und Zwangsstaat mit gewollter Mangelwirtschaft.

Die AfD fordert eine Kehrtwende in der EU-Klimapolitik. Eine bezahlbare Energie muss sichergestellt werden. Die nationale Eigenständigkeit der Energieversorgung muss bewahrt werden. Es darf keine Einmischung der EU in die nationale Energiepolitik über dubiose „Grenzwerte“ erfolgen.

- Baurecht und zugehörige Verordnungen ausschließlich in nationaler Zuständigkeit.
- Wasserwirtschaft nicht durch die EU privatisieren lassen.
- LKW-Flut im Transitverkehr eindämmen und den intermodalen Gütertransport fördern.
- Keine Zwangseinführung von synthetischen Kraftstoffen, keine Zwangsbeimischung von Bioethanol in Kraftstoffe (E5 und E10).
- Streichung aller Richtlinien und Verordnungen zum verbindlichen Einsatz von „Smart Metern“ in Privatwohnungen.
- Deutschland muss sich wieder an der Entwicklung neuartiger Typen von Kernreaktoren beteiligen.
- Entflechtung der Aufgaben der Forschungs- und Wirtschaftsförderung sowie Regionalentwicklung und eine Rückführung von EU-Budgets in nationale Verantwortung.
- Streichung der europäischen Wohnimmobilienkreditrichtlinie (Wokri).

Bitte
ausreichend
frankieren

**Alternative für
Deutschland**
Bundesgeschäftsstelle
Schillstraße 9
10785 Berlin

Ja, ich habe Interesse an der AfD!

Bitte senden Sie mir einen Mitgliedsantrag zu

Bitte senden Sie mir das AfD-Programm zu

Vorname, Name

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Mitmachen. Mitentscheiden.
Mitglied werden.
www.afd.de/mitmachen

Unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende!

www.afdspenden.de
paypal@alternativefuer.de

Bankverbindung für Ihre Spende
**Alternative für Deutschland
Berliner Volksbank**
IBAN: DE94 1009 0000 2661 2620 20
BIC: BEVODEBB

Bitte geben Sie im Betreff mit an: Spende und vollständige Adresse bzw. Mitglieds-ID

Das AfD-Europawahlprogramm finden Sie unter:
www.afd.de/europawahlprogramm

Mehr über die Arbeit der AfD erfahren Sie unter:
www.afdkompakt.de
www.facebook.com/alternativefuerde
www.facebook.com/afdkompakt
www.twitter.com/afd
www.twitter.com/afdkompakt
Youtube: www.afdkompakt.tv

V.i.S.d.P.: Alternative für Deutschland (AfD), vertreten durch die Bundessprecher Prof. Dr. Jörg Meuthen und Dr. Alexander Gauland, Schillstraße 9, 10785 Berlin, Deutschland

afd.de



SOUVERÄN IN EUROPA

Kernpunkte der AfD zur Europawahl 2019



Am 26.5. die
Alternative wählen!



AUS LIEBE ZU DEUTSCHLAND
FREIHEIT STATT BRÜSSEL



Liebe Mitbürger,
die Alternative für Deutschland hat frischen Wind in die deutschen Parlamente und in die EU-Politik gebracht. Wir machen uns für die Interessen unserer Bürger stark und sehen es als unsere Aufgabe, die Einflussnahme und Bevormundung durch die EU, ihre Behörden und Institutionen auf ein Mindestmaß zurückzuschrauben.

Die AfD ist für eine starke Gemeinschaft souveräner Staaten in Europa. Wir möchten die EU-Bürokratie abbauen, unsere Sozialsysteme in Deutschland schützen und die wirtschaftliche Zukunft in Europa sichern.

Ein Europa der Nationen

Die AfD tritt für ein Europa als Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner Staaten ein. Wir wollen nicht, dass in Brüssel entschieden wird, wie die Bürger in Deutschland und den anderen EU-Mitgliederländern zu leben haben.

- Volksabstimmungen in allen wichtigen europäischen Angelegenheiten.
- Lobbyismus und Korruption in EU-Institutionen bekämpfen.
- Einstimmigkeitsprinzip erhalten.
- Verkleinerung des EU-Behördenapparates.
- Altersvorsorge der EU-Parlamentarier ohne unsere Steuergelder!
- Keine Gelder für Europaparteien und -stiftungen aus dem EU-Haushalt.
- Maximale Informationsrechte für alle Bürger und Transparenz aller EU-Institutionen.
- Keine Eingriffe des Europäischen Gerichtshofes in die Souveränität unserer Rechtsprechung.
- Sollte sich die EU nicht bzgl. weniger Bürokratie und Souveränität ihrer Mitgliedsländer reformieren lassen, muss ein DEXIT als Option durch Volksabstimmung möglich sein.

Für eine souveräne deutsche Außen- und Sicherheitspolitik

Europa wird durch die NATO verteidigt. Deshalb lehnt die AfD die Schaffung einer europäischen Armee ab, da diese über keine demokratische Legitimation verfügt und eine weitere Souveränitätsabgabe der europäischen Staaten an die EU bedeuten würde.

Über den Einsatz deutscher Streitkräfte sollte allein der Deutsche Bundestag entscheiden.

- Keine EU-Armee!
- Erhalt deutscher Souveränität in außenpolitischen Fragen.
- Beibehaltung enger Partnerschaft zu Großbritannien auch nach einem BREXIT.
- Gute Beziehungen zu Russland herstellen, Abbau der Sanktionen.
- Ausbau der Gas-Pipeline in der Ostsee (Nord Stream 2).
- Die Türkei gehört kulturell nicht zu Europa: Sofortiger Abbruch der Beitrittsverhandlungen und Einstellung der finanziellen Heranführungshilfen.

Finanzen und Wirtschaft national eigenverantwortlich regeln

Als loser Staatenbund darf die EU keine „EU-Steuern“ erheben. Die AfD erteilt allen Bestrebungen, dies zu ändern, eine Absage. Zweck der Europäischen Union soll es bleiben, den Rahmen für einen wettbewerbsorientierten, europäischen Wirtschaftsraum zu gestalten und für faire Marktbedingungen zu sorgen.

- Keine Ausweitung des EU-Haushaltes, keine EU-Steuern, kein EU-Finanzministerium!
- Ausgaben der EU reduzieren.
- Nationale Reformen in den Mitgliedsstaaten statt Umverteilung von Steuerzahlergeldern.
- Wettbewerb stärken, Bürokratie abbauen!
- Deutsche Arbeitsplätze nicht durch ideologische Vorschriften und nebulöse Grenzwerte aus Brüssel gefährden.
- Nationale Qualitätsstandards und regionale Herkunftsangaben schützen.
- Made in Germany und deutsche Ausbildungsstandards (z. B. Meister, Dipl.-Ing.) müssen ihren Wert behalten.

Die Euro-Geldpolitik reformieren und die aktuelle Transferunion aufkündigen

Marktwirtschaft und nationale Eigenverantwortung bilden das Fundament eines wettbewerbsorientierten und gutnachbarlichen Miteinanders der EU-Staaten.

Die Geschäftsgrundlage des Euro war:

- Keine Haftung für die Schulden anderer Länder.
- Keine Staatsschulden über 60 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts.
- Kein Jahresdefizit über 3 Prozent.

Die EU-Kraten haben diese Regeln unter Duldung der Bundesregierung zerstört. Der deutsche Steuerzahler und die deutschen Sparer werden durch die EU-Geldpolitik zunehmend enteignet. Die AfD fordert grundlegende Änderungen.

- Keine weitere Mitgliedschaft in der Eurozone in der jetzigen Form.
- Aufkündigung der aktuellen Transferunion.
- Wiedereinführung einer nationalen Währung, gegebenenfalls unter paralleler Beibehaltung des Euro.
- Sofortiger Stopp der (Null-Zins-)Politik der Europäischen Zentralbank.
- Bargeld erhalten.
- Keine Haftung für EU-Banken!
- TARGET2 sofort beenden.
- Trennung der EZB und Bankenaufsicht.
- Das Geld der deutschen Bürger gegen zukünftige Eurokrisen absichern!
- Das im Ausland gelagerte deutsche Gold-Vermögen vollständig nach Deutschland zurückholen.
- Die europäischen Regeln zur Bankenabwicklung selbst abwickeln.

Die europäischen Nationen vor unkontrollierter Zuwanderung schützen

Die Asyl- und Migrationspolitik der EU bringt die europäische Zivilisation in existenzielle Gefahr. Die AfD fordert daher in der Migrationspolitik einen grundlegenden Paradigmenwechsel. Jegliche Einwanderung nach Europa muss so begrenzt und gesteuert werden, dass die Identität der europäischen Kulturnationen gewahrt bleibt.

- Nationale Souveränität in der Asyl- und Zuwanderungspolitik wiederherstellen. Deutschland soll selber entscheiden können, wer reinkommt.
- Das Asylrecht ist ein Gastrecht auf Zeit! Deutschland, wie auch die anderen europäischen Länder, können nicht die Bevölkerungsexplosion in Afrika und die sich abzeichnende Massenzuwanderung bewältigen.
- Entwicklungs-Hilfe vor Ort bewirkt mehr als die Aufnahme von Millionen von Zuwanderern.
- Stopp der unkontrollierten Zuwanderung nach Deutschland.
- Stopp der Übernahme von Asylbewerbern aus den anderen EU-Staaten.
- Die Rolle der EU in Migrationspolitik auf operative und administrative Hilfe für die Mitgliedsstaaten beschränken. Keine weiteren Hilfsdienste für Schlepper!
- Die EU und die Nationalstaaten sollen nach australischem Vorbild Abkommen mit Drittländern schließen, um abgelehnte Migranten aufzunehmen, die nicht in ihre Heimatstaaten abgeschoben werden können.
- EU-Außengrenzkontrollen sowie nationale Grenzkontrollen wiedereinführen. Sie erleichtern auch die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des internationalen Terrorismus.
- Armutszuwanderung und Einwanderung in die nationalen Sozialsysteme muss auf EU-Ebene unterbunden werden.
- Nur ein entschlossenes, gemeinsames Handeln aller europäischen Staaten wird die drohende Islamisierung Europas verhindern.

Umweltschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz an nationalen Bedürfnissen ausrichten

Die verfehlte EU-Förderung der Landwirtschaft steht dem Naturschutz entgegen. Die EU-Bürokratie bedroht viele Landwirte in ihrer Existenz. Ähnlich ist es beim Verbraucherschutz. Nitrat- und Stickoxid-Grenzwerte sind realitätsfern und kosten Arbeitsplätze, ohne dem Verbraucher zu dienen.

- Schluss mit ideologischen Grenzwerten! Dadurch werden faktisch Millionen Diesel-Fahrer enteignet.
- Keine Bevormundung der EU in Fragen der Luftreinhaltung in den Mitgliedsstaaten.
- Keine Fahrverbote und Einschränkungen der individuellen Mobilität der Bürger!
- Schluss mit der Rodung von Wäldern für Windkraftanlagen.
- Aufhebung aller Handelsbeschränkungen für alte Nutzpflanzensorten.
- Vermaischung der Kulturlandschaft verhindern.
- Spekulation mit landwirtschaftlichen Flächen unterbinden.
- Verbraucherschutz ausbauen im Sinne eines aufgeklärten Verbrauchers.
- Beeinträchtigung der waidgerechten Jagd ausübung durch EU-Vorschriften im Jagd-, Waffen- und Lebensmittelrecht verhindern.
- Realitätsbezogene Bildung zum Thema ‚grüne Berufe‘ und Wertschätzung für Leistungen und Produkte der Landwirte.
- Förderungspolitik der EU in die Mitgliedsstaaten zurückholen.
- Konsequente Umsetzung der Tierschutzgesetze im Sinne unserer Verantwortung für Tiere als fühlende Mitgeschöpfe. Artgerechte Nutztierhaltungen fördern, die an die Tierart angepasst sind. Dazu gehört auch der Transport.

Wehrhafter Rechtsstaat, Meinungsfreiheit sicherstellen, keine Upload-Filter

Wegen fehlender Sicherung der Außengrenzen findet noch immer ein unkontrollierter Zustrom von illegal einreisenden Ausländern statt. Das durch das Schengen-Abkommen geschaffene „grenzenlose Europa“ bedroht die innere Sicherheit der Nationalstaaten und erhöht die Risiken durch Terrorismus.

- Das Schengener Abkommen anpassen, um illegales Einreisen zu verhindern.
- Keine europäische Staatsanwaltschaft und Verlagerung von Justizaufgaben an die EU: Recht und Justiz bleiben in unserer nationalen Verantwortung.
- Die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) abschaffen!
- Freiheit des Internets erhalten – keine „Upload-Filter“ und keine Zensur sozialer Medien im staatlichen Auftrag!
- Recht muss in der säkularen Ordnung Europas über religiösen Geboten und Traditionen stehen. Eine Kritik am Islam muss vom Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gedeckt sein.

Keine Aushöhlung unserer Sozialpolitik durch die EU

Die unkontrollierte Massenzuwanderung von unzureichend qualifizierten Menschen nach Deutschland sowie andere EU-Länder muss unterbunden werden. Auch innerhalb der EU muss das Subsidiaritätsprinzip praktiziert werden, wonach zunächst die jeweiligen Herkunftsländer zur Unterstützung notleidender Staatsangehöriger verpflichtet sind.

- Keine europäische Arbeitsagentur und keine europäische Arbeitslosenversicherung.
- Kein Lohndumping mittels Leih- und Werksverträgen niedrig entlohnter, ausländischer Arbeitskräfte!
- Anpassung der Kindergeldzahlung für Kinder, die nicht in Deutschland leben, an die Verhältnisse und Leistungen des Herkunftslandes.
- Die EU-Niederlassungsfreiheit darf durch Zuwanderer nicht dazu missbraucht werden, durch Scheinselbständigkeit Anrechte auf Sozialleistungen zu erlangen.